

Linth-Zeitung

linthzeitung.ch Donnerstag, 27. April 2023 | Nr. 97 | AZ 8730 Uznach | CHF 4.00



INSEERAT

Keller ImmoVermarktung
IMMOBILIEN-VERKAUF OHNE PROVISION. ZUM FIXPREIS.
 ohne-provision.ch | 076 451 31 31
 Seit 2015 erfolgreich

MOBILITÄT

Die Marke Lancia wird wiederbelebt: Der Autokonzern Stellantis will mit Lancia das Premiumsegment erobern. SEITE 14

NACHRICHTEN

Schmerzmittel mit Suchtpotenzial: Auch in der Schweiz werden immer mehr Opioide verschrieben. Das ist bedenklich. SEITE 15

SPORT

Vorbereitung in der finalen Phase: Patrick Fischer bestreitet mit dem Nationalteam die letzten Testspiele vor der WM. SEITE 19

Temperatur als «Aufreger»

Die Wassertemperatur im Hallenbad sei «saukalt». Das sagte ein Votant an einer Informationsveranstaltung der Gemeinde Uznach und brachte einige der rund 60 Anwesenden zum Schmunzeln. Der Senior macht Aquafit; aber um Strom zu sparen, hat die Gemeinde die Temperatur auf 28 Grad gesenkt. Ansonsten verlief die Veranstaltung ruhig und sachlich. Das erstaunt, denn die eigentlichen Themen bargen durchaus Brisanz: PZL, Schulraumplanung, Bahnhofareal und Umfahrungsstrasse. (snu) **REGION SEITE 5**

Der Mann soll in den Krieg

Russland sucht verzweifelt nach freiwilligen Zeitsoldaten für seinen Krieg in der Ukraine und setzt, um den bescheidenen Zulauf zu vergrössern, auf den «Stolz» seiner Männer. «Wer ein echter Kerl ist, hat nichts am Steuer eines Taxis oder als Trainer in einem Fitnessstudio zu suchen, sondern er gehört in den Schützengraben.» Das ist die Botschaft eines Werbevideos, das derzeit überall zu sehen ist. Zudem werden den Freiwilligen Vorteile für ihre Kinder und für andere Angehörige versprochen. (sda) **NACHRICHTEN SEITE 17**

SRG muss abwarten

Grundsätzlich will der Bundesrat die Konzession der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) verlängern. Doch anstatt die Ende 2024 auslaufende Konzession direkt zu verlängern, will er den Auftrag der SRG zunächst genauer unter die Lupe nehmen. Innert Jahresfrist will der Bundesrat «eine Gesamtschau über die künftige Entwicklung» der SRG vornehmen, wie es am Mittwoch hiess. Einbezogen werden soll auch die Volksinitiative «200 Franken sind genug (SRG-Initiative)». (Lz) **NACHRICHTEN SEITE 15**

Gemeindepräsident legt sich mit Bauern an

Schmerikons Gemeindepräsident Félix Brunschwiler kritisiert die Bauern wegen ihrer Opposition gegen die Verbindungsstrasse. Er erntet Empörung.

von Christine Schibschid

Wütende Leserbriefe und eine empörte gemeinsame Medienmitteilung, die von fünf Gruppierungen unterzeichnet ist – Schmerikons Gemeindepräsident Félix Brunschwiler, der auch Präsident der Region Zürichsee-Linth ist, sieht sich nach seiner Kritik an Bäuerinnen und Bauern selbst mit heftiger Kritik kon-

frontiert. Ein bäuerliches Komitee habe bereits seinen Rücktritt gefordert, sagt Brunschwiler am Telefon.

Heftige Vorwürfe der Bauern

Der Schmerkner Gemeindepräsident hatte schon bei einer Infoveranstaltung im März kritisiert, dass Landwirtinnen und Landwirte kein Land für die regionale Verbindungsstrasse hergeben wollen würden. Er bekräftigte seine Kritik kürzlich im Gemeindeblatt und stellte dort das Verhältnis

von Kosten und Nutzen der Landwirtschaft in der Schweiz generell infrage. Brunschwiler rief die Bauern auf, solidarisch mit den Menschen in verkehrsgeplagten Siedlungen zu sein. Diese würden schliesslich ihren Lohn bezahlen.

Das kam bei vielen nicht gut an. In der Medienmitteilung wirft unter anderem der St.Galler Bauernverband Brunschwiler Stimmungsmache und die Verbreitung von Vorurteilen und Unwahrheiten vor. **REGION SEITE 3**

Drei Zonen kommen in Richtplan

Die Windenergiegebiete Linthebene Nord, Linthebene Süd und Hochstuckli werden in den Richtplan des Kantons Schwyz aufgenommen. Schwyz will bei der Windkraft nun mit St. Gallen zusammenarbeiten. **REGION SEITE 7**



Realisierung in Sichtweite

Die Ortsbürgerschaft von Rapperswil-Jona befindet an der kommenden Bürgerversammlung über einen weiteren Schritt in Sachen Alterswohnungen Schachen. Der Ortsverwaltungsrat beantragt den Ausführungskredit für das Projekt. Wird diesem zugestimmt, ist geplant, im Herbst mit den Bauarbeiten zu beginnen. (Lz) **REGION SEITE 2**

An U-18-WM auf dem Eis

Bei den SCRJ Lakers verteidigt Jonas Müller für das U-20-Team. Derzeit bekommt es der 18-Jährige mit einigen der besten Spieler der Welt in seinem Alter zu tun. Müller steht an der U-18-Eishockey-WM in Basel und Pruntrut im Einsatz. Dies nicht für den Gastgeber Schweiz, sondern für den nördlichen Nachbarn Deutschland. (Lz) **SPORT SEITE 12**

Wetter heute

Linthgebiet



6°/17°
Seite 23

Inhalt

Region	2	Nachrichten	15
Sport Region	12	Sport	18
Zürich	13	TV-Programm	21
Mobilität	14	Wetter / Börse	23

Kundenservice/Abo:

Telefon 0844 226 226 (Ortstarif),
 E-Mail: abo@linthzeitung.ch
Redaktion: Buchbergstrasse 4,
 8730 Uznach, Telefon 055 285 91 00,
 Fax 055 285 91 11,
 E-Mail: redaktion@linthzeitung.ch
Inserate: Samedia Promotion AG,
 Telefon 055 285 91 14, Fax 055 285 91 11,
 E-Mail: rapperswil.promotion@samedia.ch



INSEERAT

ABOPLUS
 Exklusive Reiseangebote

CHF 150.-
 Vergünstigung

©Imagebank Sweden, August Dellert

Versteckte Schätze im Norden

Datum	18. bis 26. August 2023
Reisekosten pro Person	
Arrangement im Doppelzimmer	CHF 3770.-
Arrangement im Einzelzimmer	CHF 4290.-
Zuschlag Nicht-Abonnenten	CHF 150.-

Weitere Angebote und Infos zu Ihrer digitalen ABOPLUS-Karte unter aboplus.samedia.ch.

DEN MITBEWERBERN EINEN SCHRITT VORAUSS SEIN?

samedia-promotion.ch



Verbrannte Erde: Félix Brunswiler sorgt mit Aussagen im Gemeindeblatt für Unmut bei Bäuerinnen und Bauern über die Region hinaus.

Bilder Archiv/schmerikon.ch



Bauern werfen dem Schmerkner Präsidenten Stimmungsmache vor

Bauernverbände reagieren mit heftiger Kritik auf Aussagen des Schmerkner Gemeindepräsidenten Félix Brunswiler. Er sei frustriert, dass die Umfahrung Uznach-Schmerikon nicht vorankomme, und versuche, Stimmung gegen eine Berufsgruppe zu machen.

von **Christine Schibschid**

Bäuerliche Kreise sind sauer auf Schmerikons Gemeindepräsidenten Félix Brunswiler. Der hatte in seiner Funktion als Präsident der Region Zürichsee-Linth bereits bei einer Infoveranstaltung zur neuen Linienführung der geplanten Verbindungsstrasse A15-Gaster Kritik daran geübt, dass der Bauernstand gegen das Projekt sei, weil es zu viel Land fresse.

In der Aprilausgabe des Schmerkner Gemeindeblatts legte er nach: «Wie es mittlerweile zur Gewohnheit wurde in diesem Land, opponiert der Bauernstand gegen das Projekt, ohne Rücksicht auf den Rest der Gesellschaft und Wirtschaft», schrieb Brunswiler. Bauern seien dabei ausgestattet mit dem Sympathiebonus als vermeintlich schutzbedürftige Ernährere der Nation.

Aufruf, solidarisch zu sein

Brunswiler hielt damit nicht hinter dem Berg, dass er die Selbstversorgung der Schweiz durch die Landwirtschaft für eine Illusion hält. Der Preis für die Bewirtschaftung möglichst vieler Flächen stehe in keinem Verhältnis zum Nutzen. Wem es in der Linthebene um Natur- und Umweltschutz ginge, der könne nicht nur darüber klagen, dass Flächen für Siedlung und Verkehr beansprucht werden. Er müsse auch über die folgenschweren Auswirkungen der Entwässerung dieses riesigen Feuchtgebietes zum Zweck einer wenig nachhaltigen Landwirtschaft nachdenken, die dort vor allem Viehhaltung und Futtermittelanbau betreibt.

Brunswiler rief Bäuerinnen und Bauern auf, solidarisch zu sein mit den verkehrsgeplagten Menschen in den Siedlungen. Sie seien es, die den Bauern die Löhne zahlten. Die Preise für deren Produkte seien infolge protektionistischer Handelshemmnisse hoch, zudem würden Steuergelder in Subventionen fließen, setzte Brunswiler obendrauf. Er rief die Bauernschaft auf, ihren «dogmatischen Widerstand» gegen zweckmässige Inanspruchnahmen von Flächen ausserhalb Bauzonen aufzugeben.

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Äusserungen

beim Adressaten nicht gut ankamen. In einer gemeinsamen Medienmitteilung machten mehrere Bauerngruppierungen ihrem Ärger nun Luft: Schmerkner Bäuerinnen und Bauern unterzeichneten ebenso wie der Bauernverein See-Gaster, der St.Galler Bauernverband, der kantonale Bäuerinnenverband und die Genossenschaft Vereinigte Milchbauern Mitte-Ost.

Unwahrheiten verbreitet?

Brunswiler scheine frustriert zu sein, dass es bei der Umfahrung Uznach-Schmerikon nicht nach seinen Vorstellungen vorgehe, schreiben sie. Er nutze sein Gemeindeblatt, um öffentlichkeitswirksam auf die Bauern einzudreschen. Das sei ein «verzweifelter Versuch, Stimmung zu machen und der bäuerlichen Bevölkerung die Schuld für den zähen Projektverlauf in die Stiefel zu schieben». Bauern und Bäuerinnen werfen Brunswiler vor,

Vorurteile, Halbwahrheiten und Unwahrheiten zu verbreiten, und bitten ihn, künftig lösungsorientierter zu handeln.

«Als ob wir nutzlos wären»

«Viele Bauern haben sich angegriffen gefühlt. Es kommt so rüber, als ob unsere tägliche Arbeit nicht nötig wäre», sagt der Präsident des Bauernvereins See-Gaster, Markus Bisig. Auf den Vorwurf der Unwahrheiten angesprochen, führt er aus, dass Brunswiler etwa von Subventionen spreche. «Es sind aber Direktzahlungen», so der Bauernpräsident. Im Gegensatz zu Subventionen seien dafür Leistungen zu erbringen, und diese Leistungen seien von der Bevölkerung gewollt.

Die Bauern seien immer diskussionsbereit gewesen bei den Veranstaltungen zur Verbindungsstrasse. «Wir boykottieren das Projekt nicht, sondern sind an einer Lösung interessiert

und würden gern auf Augenhöhe diskutieren, statt einander schlechtzureden.» Für die direkt betroffenen Bauernfamilien seien solche Projekte sehr einschneidend. «Es ist aber auch klar, dass wir das Problem lösen müssen. Mit dem aktuellen Vorschlag sind wir nicht einverstanden, und wir sind nicht die Einzigen, die ihn nicht befürworten.» Aus Sicht der Landwirtschaft stimme das Verhältnis von Kulturlandverlust und Nutzen nicht. Der Bauernverband wünsche sich mehr Mut, Strassen auch in anderen Bereichen als auf der grünen Wiese zu planen. «Wir haben auch keine Musterlösung, am Ende wird jeder einen Kompromiss eingehen müssen», sagt Bisig.

Kantonsrätin schießt zurück

Wenig begeistert von Brunswilers Worten ist auch SVP-Kantonsrätin Hedy FÜRer. «Seine Einstellung scheint zu sein, dass wir überflüssig sind. Er vergisst, dass er über unser Eigentum verfügen will», sagt sie. Und stellt die Vermutung an, dass der Gemeindepräsident sich ebenfalls wehren würde, wenn man ihm seinen Garten für ein Trinkgeld wegnehmen wollte.

«Offenbar hält er eine Moorlandschaft für wertvoller für die Natur, als wenn wir Lebensmittel drauf herstellen. Ich kann das nicht nachvollziehen», sagt FÜRer. Sie ergänzt, dass es ungewiss sei, wie lange die Schweiz noch Gemüse aus Ländern wie Spanien beziehen könne, da dort bereits Trockenheit herrsche.

Keine Reue beim Provokateur

Brunswiler bereut seine Aussagen indes nicht. «Die Bauernschaft nimmt ständig die Solidarität anderer in Anspruch. Wenn es darum geht, selbst Hand zu bieten, ist sie aber nicht bereit», sagt er auf Nachfrage und vergrössert den Graben zwischen den Fronten weiter.

Das riesige Feuchtgebiet der Linthebene sei im 2. Weltkrieg während der Anbauschlacht entwässert worden. Heute werde darauf eine wenig nachhaltige Landwirtschaft betrieben. Er habe nicht unbewusst provoziert, räumt Brunswiler ein. Er wolle die Bevölkerung sensibilisieren.



«Die Bauernschaft nimmt ständig die Solidarität anderer in Anspruch.»

Félix Brunswiler
Gemeindepräsident Schmerikon

Kommentar

Über das Ziel hinausgeschossen

Fabio Wyss
über den Schmerkner Gemeindepräsidenten, welcher den Bauern an den Karren fährt



In der Regel kommunizieren Behörden staubtrocken. Sätze werden so lange geschliffen, bis sie jedwede Kontur verloren haben. Die Ausnahme der Regel ist: Félix Brunswiler. Der parteilose Gemeindepräsident von Schmerikon ist bekannt für klare, markige Wor-

te. Das ist löblich – egal, ob man seine Meinung teilt oder nicht. Nun schießt Brunswiler jedoch über das Ziel hinaus.

Im aktuellen Gemeindeblatt von Schmerikon fährt er dem Bauernstand ziemlich frontal an den Karren. Das hat Brunswiler schon vor einem Monat an einem Informationsanlass zur Verbindungsstrasse A15-Gaster getan. Dort ist der richtige Ort dafür. Denn die angegriffene Bauernschaft kann direkt reagieren.

Im Gegensatz dazu ist bei einem Behördenblatt kein Einspruch möglich. Das soll auch so bleiben. Unabhängige und ausgewogene Information ist Sache der Medien. Ein nur von öffentlichen Mitteln finanziertes «Heftli» erreicht naturgemäss keine hohe Glaubwürdigkeit. Dafür erzielen Gemeindeblätter eine grosse Reichweite. Dieser Verantwortung ist sich Brunswiler offenbar zu wenig bewusst.

Denn gemäss Richtlinien des Gemeindeblatts werden von Dritten keine Meinungsäusserungen oder

Stellungnahmen abgedruckt. Die angegriffenen bäuerlichen Kreise können sich nun zwar via Medien mit Leserbriefen und Mitteilungen gegen Brunswilers Vorwürfe wehren. Damit werden jedoch nicht so viele Schmerknerinnen und Schmerkner erreicht wie mit dem durch Steuergelder finanzierten und in alle Haushalte zugestellten Gemeindeblatt. Dessen Autorinnen und Autoren tun deswegen gut daran, sich mit Tadel und Vorwürfen zurückzuhalten.

Künftig nicht zurückhalten soll sich Félix Brunswiler aber mit seinen pointierten Meinungsäusserungen. Nur muss er sich gut überlegen, wo er diese platziert. Sollte er zum Beispiel mit diesem Kommentar nicht einverstanden sein, kann er seine Haltung mit einem Leserbrief in der «Linth-Zeitung» kundtun. Alles andere ist unfair.

@ Fabio Wyss, Redaktor
fabio.wyss@linthzeitung.ch

Gemeindehaus-Splitter

Liebe Schmerknerinnen und Schmerkner



Die regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster würde Schmerikon die lange erdauerte direkte Erschliessung der Industrie Allmeind bringen. Wie es mittlerweile zur Gewohnheit wurde in diesem Land, opponiert der Bauernstand auch gegen dieses Projekt, ohne Rücksicht auf den Rest der Gesellschaft und Wirtschaft, ausgestattet mit dem Sympathiebonus als vermeintlich schutzbedürftige Ernährende der Nation. Meine diesbezüglich sehr pointierte Replik anlässlich der Informationsveranstaltung am 29. März 2023 in Uznach hat auch Beachtung in den Medien gefunden. Was sind meine Überlegungen hierzu:

1. Die Selbstversorgung der Schweiz ist eine Illusion. Wir sind und bleiben auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Der Preis, monetär wie ökologisch, für die Bewirtschaftung möglichst vieler Flächen, steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades dadurch ist vernachlässigbar.
2. Wenn es uns in der Linthebene tatsächlich um Natur- und Umweltschutz ginge, dann würden wir nicht einseitig über die durch Siedlung und Verkehr in Anspruch genommenen Flächen das Leid klagen. Wir würden auch über die folgenschweren Auswirkungen der Entwässerung dieses riesigen Feuchtgebietes zum Zweck einer wenig nachhaltigen Landwirtschaft, die in der Hauptsache Viehhaltung und Futtermittelanbau betreibt, nachdenken. Ginge es uns wirklich um die Flachmoore, würden wir das kleinräumige Hegen und Pflegen der kleinen Restflächen in Schmerikon und Kaltbrunn ablösen durch ein gezieltes Abschalten der Pumpen der Linthebenemelioration, in Verbindung mit einer Renaturierung landwirtschaftlicher Flächen.

Daher mein Appell an die Bäuerinnen und Bauern: seid solidarisch mit den verkehrsgeplagten Menschen in den Siedlungen. Es sind sie, die euch den Lohn zahlen. Einerseits als Konsumierende zu überhöhten Preisen infolge protektionistischen Handelshemmnissen und als Steuerzahlende, die die landwirtschaftlichen Subventionen finanzieren. Gebt euren dogmatischen Widerstand gegen zweckmässige Inanspruchnahmen von Flächen ausserhalb Bauzonen auf. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen und die Hand die sie/ihn ernährt, nicht beißen.

Mit hoffnungsvollen Grüßen aus dem Gemeindehaus

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'FB' with a stylized flourish.

Félix Brunschwiler | Gemeindepäsident

Uzner Gemeinderat erhält viel Zustimmung aus Bürgerschaft

Vier umstrittene Geschäfte standen auf der Traktandenliste eines Informationsanlasses in Uznach. Zwar gab es kritische Voten. Der Gemeinderat informierte aber sachlich und klar. Sogar, als es um Aquafit ging.

von Urs Schnider

Lt 27.4.23

Am Ende war sogar Gemeindepräsident Diego Forrer erstaunt, wie schlank der Anlass am Dienstagabend über die Bühne gegangen war. Die Vorzeichen deuteten eher auf hitzige Diskussionen. Die Themen: Verbindungsstrasse; Pflegezentrum; Schulaufplanung; Bahnhofareal. Sie werden in Uznach und teilweise der Region kontrovers diskutiert und sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Mit dem Informationsanlass wolle man nicht zuletzt den Parteien die Möglichkeit bieten, ihre Parolen zu fassen, sagte Forrer in der Aula im Schulhaus Haslen an die rund 60 Interessierten gerichtet.

Der Gemeindepräsident begann dann mit dem «erfreulichen Teil» der Veranstaltung: «Wir haben 2022 ein hervorragendes Resultat erwirtschaftet, das eine Besserstellung von rund 4,1 Millionen Franken brachte. Sage und Schreibe drei Millionen mehr Steuergelder wurden eingenommen.» Auf der Ausgabenseite schlägt die Schule nach oben aus: Zwei Klassen mussten 2022 mehr geführt werden, was zu einem Mehraufwand von 421 000 Franken führte. Dagegen gab es ein Plus bei der Sozialen Sicherheit von fast einer Million Franken. Der Bürgerversammlung vom 3. Mai wird vorgeschlagen, den Gewinn der Ausgleichsreserve (1,2 Millionen) beziehungsweise 1,5 Millionen Franken dem Bilanzüberschuss zuzuweisen.

Details zu Varianten abwarten

Viel mehr Diskussionen hätte man beim Traktandum «Verbindungsstrasse A15–Gaster» erwarten dürfen. Aber auch hier blieb es erstaunlich ruhig in der Aula. Forrer erläuterte kurz, wie es zur favorisierten Bestvariante kam (Ausgabe vom 31. März). Der Gemeinderat habe mitwirken können und sei dazu in Klausur gegangen. «Wir waren erfreut, dass auch der Kanton zum selben Schluss kam bezüglich Bestvariante.» Forrer zeigte die Vorteile auf, die sich aus seiner Sicht ergäben. Wie etwa die klare Linienführung, die Verbesserung fürs Rietland und die Landwirtschaft durch die Verschiebung der Benknerstrasse oder auch, dass es kaum Lärmkonflikte für das Siedlungsgebiet gebe.

Das jedoch zweifelte eine Votantin an. Sie sei kürzlich in Schmerikon bei der Autobahn spazieren gegangen, es

sei so laut dort. Sie glaube nicht, dass der Bahndamm den Lärm der Umfahrungsstrasse wirklich auffangen könne. Forrer hielt dagegen: Er sei zuversichtlich, dass das mit Lärmschutzmassnahmen gelöst werde. Ein weiterer Redner plädierte dafür, jetzt doch erst mal abzuwarten und das detaillierte Variantenstudium des Kantons abzuwarten, bevor man einfach zu allem Nein sage.

Forrer verschwieg auch die Nachteile der geplanten Umfahrungsstrasse nicht, die mit rund 350 Millionen Franken veranschlagt ist und aktuell eine hitzige Debatte zwischen Landwirten und dem Schmerkner Gemeindepräsidenten Félix Brunschweiler ausgelöst hat (siehe Artikel Seite 3).

34 Millionen Mehrkosten

Laut Forrer ist bei der Bestvariante mit 34 Millionen Franken Mehrkosten zu rechnen. Und auch das Risiko ENHK (Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission) machte Forrer nochmals transparent: «Wir wissen nicht, wie diese reagieren wird und klären derzeit ab, ob die ENHK überhaupt nochmals befragt werden muss.» Diese hatte eine frühere Variante mit ihrem Veto gebodigt wegen

der Auswirkungen aufs Kaltbrunner Riet (die «Linth-Zeitung» berichtete mehrfach). Er hoffe, so Forrer, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich an der Mitwirkung beteiligten, die noch bis am 14. Mai läuft. Im Sommer würden die Ergebnisse kommuniziert. «Und Mitte nächstes Jahr sollte das Projekt den Gemeinden zur Vernehmlassung übergeben werden können.»

Zwei Votanten forderten, man solle den Bahnübergang schliessen und

nur für Velos, Fussgänger und Landwirtschaftsfahrzeuge offenlassen. Der Gemeinderat spricht sich jedoch dagegen aus. Man trenne sonst zwei Dorfteile. Zudem würde dies auf der Zürcherstrasse nicht die gewünschte Entlastung bringen.

Park & Ride vom Tisch

Zur Schulraumplanung gab es keine Fragen. Ganz anders beim Pflegezentrum (siehe Infobox). Und auch beim Bahnhofplatz sind gemäss Forrer in der Mitwirkung «sage und schreibe 80 Rückmeldungen» eingegangen. Offenbar sei nicht recht verstanden worden, weshalb der Bushof versetzt werden soll. Es gehe dabei auch um den Masterplan der Streuli AG. Es sei schade, dass der Masterplan aus dem Jahr 2018 für die Überbauung des Streulireals für gut befunden wurde, jetzt aber das Planungs- und Baugesetz geändert habe, so Forrer. «Wir sind aber einen Schritt weiter. Es steht ein Termin an mit der Regierung zusammen mit der Familie Streuli.»

Zum Busbahnhof selber habe es Vorschläge gegeben, dass man zwei Bushöfe machen könnte. Oder den Kiosk versetzen, um diesen Platz zu nutzen, fasste Forrer zusammen. Die Rückmeldungen würden nun analysiert. Es sei sehr dezidiert zum Ausdruck gekommen, dass das Park & Ride an der Benknerstrasse nicht erwünscht sei. «Das sehen wir inzwischen auch so», sagte Forrer. Hier wird später zu einer separaten Informationsveranstaltung eingeladen.

«Saukaltes Wasser»

Einen Schmutzler gab es gegen Ende der Veranstaltung. Ein etwa 70-jähriger Besucher erklärte ausführlich, dass er Aquafit betreibe. Das sei ja gut für die Gelenke. «Aber, um es klar zu sagen, das Wasser im Hallenbad ist saukalt.» Viele kämen jetzt nicht mehr. Und auch sein Arzt habe ihm gesagt, das solle er nicht mehr machen. Hintergrund: Um im Zuge der Stromangellage sparen zu können, wurde die Temperatur im Bad von 30 auf 28 Grad heruntergefahren. Damit könnten 50 000 kWh Energie pro Jahr gespart werden, rechnete Forrer vor. Deshalb will der Gemeinderat bis auf Weiteres daran festhalten.



Heimspiel für den Uzner Gemeinderat: Nach einer Stunde sowie wenigen und sachlichen Diskussionen war die Informationsveranstaltung in der Aula des Schulhauses Haslen durch.

Bild Urs Schnider



«Sage und schreibe drei Millionen mehr Steuergelder wurden 2022 eingenommen.»

Diego Forrer
Gemeindepräsident Uznach

Gedanken machen, wer seinen Lohn bezahlt

Ausgabe vom 27. April

Zum Artikel «Gemeindepräsident legt sich mit Bauern an»

L2 28.4.23

Herr Brunswiler spricht die regionale Verbindungsstrasse an, die seines Erachtens durch den Bauernstand verhindert wird. Dadurch würden die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Gesellschaft von Schmerikon rücksichtslos behandelt.

Dass bereits vor circa 40 Jahren ein Plan existierte, welcher eine Entlastung vom Verkehr durch das Dorf gebracht hätte (über die Industrie Allmeind mit Autobahnanschluss), wird nicht erwähnt. Man lenkt die Schuld lieber auf die anderen. Herr Brunswiler zielt auch mit einer weiteren Aussage direkt auf die landwirtschaftlichen Betriebe, indem er behauptet, eine Erhöhung der Selbstversorgung in unserem Land sei eine Illusion.

Fakt ist, dass von den Bauern immer mehr Ökologie verlangt wird, sich gleichzeitig die Einkaufswagen der Konsument/innen in den Wintermonaten mit Erdbeeren und anderen Früchten und Gemüse füllen, welche von anderen Kontinenten eingeflogen oder per Schiff geliefert werden.

Herr Brunswiler appelliert an die Bauern, sie sollen sich solidarisch zeigen mit den verkehrsgeplagten Menschen, sie seien ihre Lohnzahler. Ich möchte Herrn Brunswiler auffordern, sich Gedanken zu machen, wer seinen Lohn bezahlt, und ob der gerechtfertigt ist. Ich persönlich habe da meine grössten Zweifel.

Rita Kessler aus Ernetschwil

Total daneben

L2 29.4.23

«Gemeindepräsident legt sich mit Bauern an», Ausgabe vom 27. April

Die Aussage von Félix Brunswiler ist eines Gemeindepräsidenten unwürdig. Die Schuld den Bauern für die stockende Planung der Umfahrungsstrasse Uznach-Schmerikon zu geben, ist eine Aussage unter der Gürtellinie.

Nach Lesen des Berichtes nehme ich an, dass Herr Brunswiler weder Fleisch noch Milchprodukte zu sich nimmt. Wer nur ein bisschen logisch denkt, ist sich bewusst, dass die Landwirtschaft mit täglicher harter Arbeit verbunden ist. Den Bauern zu unterstellen, dass die Steuerzahler ihren Lebensunterhalt zahlen, ist weit neben das Ziel geschossen. Vor allem in den Sommermonaten arbeiten die Landwirte jeden Tag hart x Stunden, und können nicht im klimatisierten Büro ihre Arbeit verrichten.

Von wo bekommt der Gemeindepräsident jeden Monat sein bestimmtes Gehalt? Von den Steuerzahlern. Anstatt sich verwerflich über Landwirte zu äussern, wäre es angebrachter, die Anliegen der Bewohner Breitstrasse anzugehen. Schon mehrmals wurde Herr Brunswiler darauf aufmerksam gemacht, dass auf dem Pausenplatz des Zentralschulhauses bis spät in die Nacht und das ganze Wochenende unerträglicher Lärm herrscht. Für die Anwohner des Zentralschulhauses ist die wohlverdiente Ruhe an Wochenenden respektive Abenden nicht möglich.

Da Herr Brunswiler bekanntlich nicht in der Nähe wohnt, hat er für dieses Anliegen kein offenes Ohr. Nicht die Bauern sitzen im Glashaus und werfen Steine, sondern Sie, Herr Gemeindepräsident!

Markus Müller, Schmerikon

Verbale Entgleisungen sind nicht tolerierbar

L2 1.5.23

Ausgabe vom 27. April

Zum Artikel «Gemeindepräsident legt sich mit Bauern an»

Die Äusserungen des Schmerkner Gemeindepräsidenten zur geplanten Umfahrungsstrasse und zu den Bäuerinnen und Bauern als Verhinderer des Projekts können so nicht toleriert werden. Wenn auch Frustration und Wut über den zähen Projektverlauf vorhanden sind, ein Gemeindepräsident darf sich nicht zu solch unqualifizierten Anfeindungen hinreissen lassen.

Félix Brunswiler steht neben den Schuhen, wenn er meint, dass die Landwirtschaft mit den Direktzahlungen mundtot gemacht werden kann. In unserem demokratischen Rechtsstaat haben Grundeigentümer und Betroffene das Recht, sich einzubringen, bessere Lösungen zu fordern oder bei einem Projekt auch Nein zu sagen. Ebenso hat er wohl vergessen, dass das Volk sich in mehrfacher Hinsicht in der Vergangenheit für einen sorgsameren Umgang mit dem Kulturland ausgesprochen hat.

Statt die Bäuerinnen und Bauern in der Region zu verunglimpfen, müssten Félix Brunswiler und die in der Planung der Umfahrungsstrasse beteiligten Akteure über die Bücher und das Vorgehen bei der Planung von Infrastrukturbauten generell überdenken.

Insbesondere müsste in einem frühen Stadium eine gesamtheitliche Interessensabwägung vorgenommen werden. Dem Schutz des Kulturlandes gehört dabei eine weitaus höhere Priorität eingeräumt.

Dass der Schmerkner Gemeindepräsident am liebsten die Linthebene wieder versumpfen möchte, mutet besonders komisch an. Für jenen Teil der Bevölkerung, welche an den Sonnenhängen der Bezirke See und Gaster wohnen, wäre das vielleicht egal. In der Ebene würden aber einigen Tausend Personen längerfristig der Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum entzogen. Solche Überlegungen sind beim besten Willen nicht nachvollziehbar.

Thomas Kempf aus Benken, Präsident der Landwirtschaftsgruppe von Die Mitte

Leserbriefe

Ganz einfach
dumm

LZ
3.5.23

Ausgabe vom 27. April

Zum Artikel «Bauern werfen dem Schmerkner Präsidenten Stimmungsmache vor»

Egal, in welchem Verhältnis zur Landwirtschaft man steht, die Äusserungen von Félix Brunschwiler, Gemeindepräsident von Schmerikon, sind ganz einfach dumm. Ich möchte hier nur zwei Aspekte davon herausgreifen. Erstens erwartet Félix Brunschwiler von den Bauern, dass sie sich vorbehaltlos hinter ein Strassenprojekt stellen und dazu Land verkaufen sollen, unabhängig von möglichen Varianten mit weniger Landverbrauch. Dafür müsste er aber nicht nur auf die Bauern ein-

dreschen, denn diese sind im Durchschnitt nur bei der Hälfte der Landwirtschaftsflächen auch die Eigentümer. Die andere Hälfte gehört Privatpersonen oder öffentlichen Körperschaften. Warum hat er diese nicht ins Visier genommen? Und warum verschweigt er, dass die öffentliche Hand im Streitfall das Recht auf Enteignung hat, wenn ein angemessenes Projekt im öffentlichen Interesse gebaut werden soll?

Zweitens schießt er sich geradezu ins eigene Bein: Er wirft den Bauern vor, dass sie ihren Lohn von den Steuerzahlern erhielten und deshalb solidarischer ihr Land hergeben sollten (sofern sie dann im Einzelfall überhaupt Eigentümer wären). Mit Lohn von den Steuerzahlenden meint er natürlich primär die Direktzahlungen.

Und er spricht nicht vom Lohnanteil, sondern vom Lohn, obwohl er eigentlich wissen müsste, dass die Direktzahlungen nur den kleineren Teil des Bauerneinkommens bilden und dass der überwiegende Teil am

Markt realisiert werden muss. Und was Félix Brunschwiler sicher auch weiss, ist, dass der von den Steuerzahlenden stammende Teil mit Auflagen und Kontrollen verbunden ist. Damit die Direktzahlungen fliessen, müssen Gegenleistungen geliefert werden. Wer bei den Kontrollen durchfällt, wird regelmässig mit happigen Beitragskürzungen sanktioniert.

Félix Brunschwiler und seine Verwaltung beziehen ihren Lohn grösstenteils aus Steuergeldern. Das ist nicht zu beanstanden. Als Gegenleistung müssen (auch) sie Dienstleistungen gegenüber den Steuerzahlenden beziehungsweise gegenüber der Allgemeinheit erbringen. Würde ein Landwirt bei seinen Gegenleistungen für die Direktzahlungen solchen Unsinn abliefern wie Félix Brunschwiler hier, hätte er mit massiven Zahlungskürzungen zu rechnen. Davon habe ich bei einem Gemeindepräsidenten allerdings noch nie etwas gehört. Und noch etwas: Bis heute wurde das Strassenprojekt

noch um keinen einzigen Tag verzögert, weil die Landbesitzer das Land nicht hergeben wollten. Ob das in Zukunft allenfalls passiert, hängt vielleicht auch davon ab, ob von Behördenseite weitere solche unqualifizierte Breitseiten gegen die vermeintlichen Sündenböcke losgetreten werden. Goodwill schafft das ganz sicher nicht!

Urs Kaufmann-Kägi aus Gommiswald

Kanton sieht kein Hochwasserrisiko

LZ
6.5.23

Erhöht die Verbindungsstrasse A15-Gaster Hochwassergefahren? Ein hiesiger Politiker blitzt mit solchen Bedenken beim Kanton ab.

Fabio Wyss

Angriffsfläche bietet die A15-Umfahrungsstrasse Gaster zur Genüge. Der Grüne Kantonsrat Marco Fäh sorgte unlängst für neue Fragestellungen: In einer Interpellation befürchtete der Kaltbrunner Steueramtsleiter zusätzliche Hochwassergefahr durch das Strassenprojekt (siehe Ausgabe vom 2. März). Als Beispiel führte er den Steinenbach auf. Dieser trat letzten Sommer nach einem «bescheidenen Sommergewitter» über die Ufer. Überschwemmungen bis zum Bahnhof Uznach und Feuerwehreinsätze waren die Folge.

Gemäss Fäh muss darum die Gefahrenkarte des Kantons aktualisiert werden, da sie aktuell die wahre Gefahrensituation beschönige. In dieser wird die Gefährdung durch den Steinenbach als «mittel» eingestuft – die zweithöchste von fünf Gefahrenstufen.

Diese Woche hat nun die St. Galler Regierung auf den Vorstoss geantwortet. Dabei schätzt sie die Situation diametral anders ein als der Grüne Politiker. Grundsätzlich besagt zwar der kantonale Richtplan, was Fäh fordert: Ereignisse wie jenes vom Steinenbach können zu einer Aktualisierung der Gefahrenkarte führen. Insofern sie der bisherigen Gefahreinschätzung widersprechen. Zur Folge hätte das, dass keine neuen Objekte gebaut werden dürfen – schlechte Nachrichten für die Strasse.

Bestätigung statt Widerspruch

Doch der Kanton gibt im vorliegenden Fall Entwarnung: «Die aktuelle Gefahrenkarte Steinenbach wird durch die vergangenen Hochwasser und das Sommergewitter 2022 bestätigt», schreibt die Regierung. Die Einstufung «mittel» ist demnach korrekt. Dadurch sieht der Kanton keine Konsequenzen für die regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster.



Mal ein Rinnsal, mal ein reissender Fluss: Der Kanton St. Gallen nimmt in Kauf, dass der Steinenbach dereinst die Verbindungsstrasse A15-Gaster überfluten könnte.

Bilder: Archiv

Bauliche Massnahmen seien so unter Umständen zulässig, heisst es in der Regierungsantwort. Denn: «Strassen erleiden durch Hochwasser im Normalfall infolge der robusten Bauweise keinen Schaden.» Überflutungen werden toleriert. Und die Risiken könnten im zulässigen Bereich gehalten werden, so die Regierung weiter.

Für Hochwassersituationen seien bei den beiden Portalen für den Tunnel Rotfarb Vorkehrungen getroffen worden. Die Strassenhöhe liegt über der Hochwasserkote, damit kein Wasser in den Tunnel eintreten kann.

Wieso nicht zuerst Problem lösen?

Kantonsrat Fäh bemängelt indes in seinem Vorstoss, dass im Umfahrungsprojekt nicht erkennbar sei, dass Überlegungen zum Hochwasserschutz angestellt wurden. Zumal als Folge des Klimawandels vermehrt mit Extremsituationen gerechnet werden müsse. «Durch den Bau einer Strasse im gefährdeten Gebiet entsteht ein neues Schadenpotenzial. Zudem wird der Abfluss verhindert und die Strasse hat eine Stauwirkung», so Fäh. Er wollte darum wissen: Warum wird nicht zuerst die Hochwassersituation gelöst, bevor ein neues Bauwerk entsteht?

«Es ist nicht die Aufgabe des Strasseneigentümers, bestehende Hochwasserschutzprobleme zu lösen», so die Regierung. Aus heutiger Sicht würde die Verbindungsstrasse einen möglichen zukünftigen Hochwasserschutz weder erschweren noch verhindern. Laut einem wasserbaulichen Konzept sieht der Kanton durch das Projekt keinen unmittelbaren Zusammenhang zum Hochwasserschutz. Die Regierung schreibt aber auch: Die Auswirkung des Strassenbaus auf die Gefahrenkarte erfolge nach Vorliegen der definitiven Linienführung. Der Strassenverlauf der Verbindungsstrasse hängt rund um das Kaltbrunner Riet noch etwas in der Schwebe.

A15-Gaster bedeutet auch für Schmerikon viel

Ausgabe vom 27. April

Zum Artikel «Bauern werfen dem
Schmerkner Präsidenten
Stimmungsmache vor»

LZ

11.5.23

Viel Lärm wegen einiger kantiger Aussagen – dabei wird Klartext doch immer gefordert anstatt politischer Wischiwaschi. Verschiedene bäuerliche SVP-Exponenten kritisieren Aussagen des Schmerkner Gemeindepräsidenten Félix Brunschwiler im Gemeindeblatt vom April 2023 scharf. Dabei ging es ihm lediglich um den Hinweis, dass für die dringend benötigte Ausweichstrasse Uznach etwas Land aus der Landwirtschaftszone abgegeben werden sollte, um das Problem zu lösen.

Scheinbar fehlt es diesen Kritikern an der Bereitschaft, über den eigenen Schatten zu springen und für eine Lösung Hand zu bieten, so wie die Allgemeinheit stets auch bereit ist, landwirtschaftliche Anliegen solidarisch zu unterstützen. Auch die Probleme bezüglich des Vogelschutzes lassen sich bestimmt einvernehmlich lösen, würde man nicht immer stur auf den eigenen Standpunkten beharren.

Eine Lösung für dieses Verkehrsproblem in einer Region mit aktuell rund 70 000 Einwohnern (Tendenz weiter steigend) kann nur gefunden werden, wenn alle gewillt und vor allem auch kompromissbereit sind und nicht nur ihren Eigennutzen durchsetzen wollen.

Deshalb nehmen wir uns ein Beispiel an der – übrigens auch von den Nichtbauern und allen bürgerlichen Parteien – frisch gewählten Ständerätin Esther Friedli, welche es verstanden hat, in ihrem Wahlkampf überlegt zu handeln, nicht zu polarisieren und über die Parteigrenzen hinweg Allianzen zu schaffen.

So sollten wir alle anerkennen, dass diese A15-Gaster-Strasse dringend benötigt wird und für mehrere Gemeinden, auch bezüglich Zonen- und Wohnbauplanung, eine grosse Entlastung wäre. In diesem Sinn setzen wir uns für eine zeitnahe gemeinsame Lösung ein, wohlwissend, dass es wohl nie eine für alle zu 100 Prozent zufriedenstellende Lösung geben wird. Eine solche aber für alle benachbarten Gemeinden und die ganze Region von grossem Nutzen wäre.

Marcel Gasser im Namen der FDP Schmerikon



Umstrittene Umfahrung: Für den Kanton ist es die Bestvariante zwischen Grynaustrasse und Rotfarb in Uznach, aber es gibt auch Bedenken.

Bild Archiv

Die vorgestellte Bestvariante der Umfahrungsstrasse im Bereich Grynaustrasse bis Rotfarb weist sehr viele Nachteile auf, da sie mitten durch Uznach führen und somit die Gemeinde Uznach zerteilen werde. Zudem komme sie über eine weite Strecke sehr nahe ans Siedlungsgebiet zu liegen beziehungsweise liege unmittelbar vor dem bewohnten Gebiet der Grynau-, Benken- und Escherstrasse.

«Naherholungsgebiet wird massiv beeinträchtigt»

Hauptnachteil dieser Variante sei die massive Beeinträchtigung des Naherholungsgebiets entlang dem Steinenbach, da die Strasse in unmittelbarer Nähe des Spazierwegs auf dem Dämmli zu liegen komme. Täglich kämen sehr viele Menschen in dieses Gebiet, um Ruhe und Erholung zu suchen. Eine Strasse in weniger als 50 Meter Distanz führe zu enormen Lärmimmissionen und habe einen grossen negativen Einfluss auf das Naherholungsgebiet. Durch die vorgeschlagene Linienführung würden zudem die Probleme im Städtli nicht gelöst, sondern der Stau im Städtli beziehungsweise vor der Barriere bleibe bestehen. Mit dem neuen Fahrplan werde die Barriere häufiger geschlossen sein und dementsprechend noch mehr Stau im Städtli hervorgerufen.

Weitere negative Effekte und Risiken seien etwa der Einfluss auf das Grundwasser, die verbaute Lösung der Hochwassersituation im Bereich Escherwies und Burgerriet, die Sicherheit für Kinder, die täglich mehrmals diese dreispurige Strasse queren müssten, oder die höheren Emissionen wegen längerer Fahrwege.

Wie die Zufahrt zu Fussball- und Tennisplatz sowie Marktplatz aussehen solle, sei nicht gelöst. Wenn es jetzt keine planerische Idee gebe, werde auch in der Umsetzung keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. «Oder müssten gar die Sportplätze dem Verkehr geopfert werden?», fragt die IG.

Die nicht zielführende Planung der Umfahrungsstrasse seitens des Kantons habe bereits enorme Kosten verursacht. Das Projekt sei in einer Sackgasse angekommen. Die IGMRU fordere, dass nicht noch mehr Geld in dieses Projekt investiert werde. Es solle gestoppt und die Suche nach neuen, zielführenden Ansätzen ermöglicht werden. (eing/lz)

A15-Gaster – Lob und Kritik für Bestvariante

Die Interessengruppen «Verbindungsstrasse Ja» und Mobilität Region Uznach nehmen Stellung zur Umfahrungsvariante, die der Kanton als die beste vorschlägt.

LZ 12.5.23

W eil die ursprüngliche Linienführung negative Auswirkungen auf das Kaltbrunner Riet aufweist, hat das kantonale Tiefbauamt nach neuen Lösungen der Linienführung im Bereich Grynaustrasse bis Rotfarb gesucht. Und hat die neu entwickelten Varianten der Linienführung für die regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster im Cluster Süd (Kaltbrunner Riet) der öffentlichen Mitwirkung unterstellt. Die IG «Verbindungsstrasse Ja» begrüsse, dass im Rahmen des erneuten Variantenstudiums im Cluster Süd nochmals eine fundierte Auslegeordnung vorgenommen worden sei, teilt die IG mit. In Übereinstimmung mit der Einschätzung des kantonalen Tiefbauamtes komme die IG zum Schluss, dass die Variante «D» am geeignetsten sei.

«Hinreichende Distanz zum Siedlungsgebiet»

Die Linienführung parallel zur bereits bestehenden Bahnlinie in gebührendem Abstand zum Kaltbrunner Riet passe sich optisch gut in die bestehende Verkehrsinfrastruktur ein und wahre hinreichende Distanz zum Siedlungsgebiet. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens fordert die IG jedoch, dass die Bestvariante zugunsten

der Uzner Vereine weiter optimiert wird.

«Wir bestehen im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens darauf, dass die Linienbeziehungsweise Kurvenführung – unter Wahrung der Anforderungen des Naturschutzes – so nach Osten gegen Benken verschoben wird, dass genügend Landreserve verbleibt und eine Weiterentwicklung der Sportanlagen nicht verunmöglicht wird», wird Mario Grob, Vorsitzender des Kernkomitees der IG «Verbindungsstrasse Ja», in der Mitteilung zitiert.

Bahnübergang für motorisierten Individualverkehr schliessen

Darüber hinaus hat sich die IG im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens auch in Bezug auf das künftige Verkehrsregime positioniert. Nach reiflicher Überlegung sei das Kernkomitee zu Erkenntnis gelangt, dass eine Schliessung des Bahnübergangs für den motorisierten Individualverkehr die geeignetste Lösung darstelle. Damit solle eine noch deutlichere Entlastung und Aufwertung des Städtlis ermöglicht werden. So werde eine echte Verlagerung des Verkehrs vom Zentrum an die Peripherie ermöglicht. Ausserdem erfordere diese Variante keine Stauspur entlang der Benkenstrasse und vereinfache somit die Erschliessung

des Festplatzes sowie des Tennis- und Fussballplatzes. Nach Ansicht der IG soll der Bahnübergang für den ÖV, den Langsamverkehr und für landwirtschaftliche Fahrzeuge weiterhin passierbar bleiben.

Die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) hat sich ebenfalls mit den Varianten der Umfahrung Uznach im Teilstück zwischen der Grynaustrasse und Rotfarb befasst.

Variante «führt mitten durch die Siedlung»

Die IGMRU lehnt den ausgewählten Vorschlag, «der mitten durch die Siedlung führen soll», ab, wie sie mitteilt. Lärmimmissionen in Siedlung und Naherholungsgebiet sowie ungelöste Stauprobleme im Städtli sprächen dagegen. Die IGMRU stelle nach wie vor das gesamte Projekt der Umfahrung Uznach in Frage. Es sei überdimensioniert und bringe viele negative Effekte mit sich. Damit sei das Projekt unverhältnismässig und löse die bestehenden Verkehrsprobleme nicht.

Durch dieses geplante Grossprojekt würden Mehrverkehr generiert, die Landschaft zubetoniert und die Verkehrsprobleme im Städtli nicht gelöst. Da weiterhin täglich noch mindestens 8000 Fahrzeuge durch das Städtli fahren würden.